

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Postfach 1015, 53 Bonn

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P 1015/43

Bonn, den 4. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Worauf es ankommt

51

Zum Konflikt in der CDU-Führung

5 Nach der ersten Runde

26

Die parlamentarische Behandlung des Vertrages Bonn-Paris

10 Die Glosse:

Schwankender Mende

16

20 5 Zusammenarbeit vertiefen

62

Nach Fritz Erlers Besuch in London

Von Fritz Stallberg

***** ZUR BEACHTUNG *****

Wie bereits angekündigt, finden unsere Abonnenten in der heutigen Ausgabe des SPD-Pressedienstes die Beilage unserer "Volkswirtschaft" mit dem ausführlichen Bericht über die Verkehrspolitische Tagung der SPD in Bad Godesberg

"HERAUS AUS DEN CHACS!"

Chefredakteur Günter Markscheffel

Worauf es ankommt

Zum Konflikt in der CDU-Führung

sp - Der jetzt offen zutage getretene Konflikt zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard ist das Ergebnis einer seit langem in der CDU-Führung schwelenden Krise, die sicher ihren Grund nicht nur in persönlichen Aversionen Adenauers und Erhards hat. Es rächt sich jetzt, daß die CDU seit Jahren verabsäumte, das Führungsproblem sowohl an der Spitze der Partei wie auch an der Spitze des Staates zu lösen.

Diese Partei verfügt nicht über die innere Kraft, um mit politischen Aufgaben fertig zu werden; noch weniger gelingt es ihr, die personellen Notwendigkeiten ihrer Führungsspitze mit den Erfordernissen der deutschen Politik in Einklang zu bringen. Allzu lange hatten sich ihre Mitglieder daran gewöhnt, nur nach oben zu blicken, anstatt - wie es einer demokratischen Partei geziemt - mitgestaltend und mitverantwortend das Ganze zu formen.

Solange man hoffen durfte, daß der Bundeskanzler die Weisheit des Alters erlangen würde, um selbst das entscheidende Wort zu sprechen und solange die deutsche Politik verhältnismässig unproblematisch zu sein schien, konnten sogar in der CDU Meinungsverschiedenheiten überbrückt werden. Seit dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl 1961, seit dem Vorwärtstreiben der deutschen Sozialdemokratie an die Spitze des Staates und auch seitdem die deutsche Politik nicht mehr so unkompliziert ist, wie sie Adenauer jahrelang darzustellen vermochte, wird die Kluft in der Spitze der CDU offensichtlich.

Nicht mit Schadenfreude stellen wir diesen Tatbestand fest, denn es ist nicht gut, mitzusehen zu müssen, daß die seit Jahren bei Wahlen mit der Verantwortung im Staat beauftragte Partei sich selbst überhebt. Kein aufrichtiger Demokrat kann Freude darüber empfinden, zumal gerade jetzt die Bundesrepublik aussen- und innenpolitisch ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte entwickeln müßte, um im Inneren die großen Gemeinschaftsaufgaben bewältigen zu können und im internationalen Rahmen dafür zu sorgen, daß die deutsche Frage nicht auf Eis gelegt wird.

Natürlich ist zu erwarten, daß die CDU sich jetzt den Anschein geben wird, als seien die allgemein bekannten Konflikte in ihrer Führung nur künstlich hochgespielt worden. Es ist auch damit zu rechnen, daß mit Hilfe von Ablenkungsmanövern auf angebliche Meinungsverschiedenheiten in anderen politischen Gruppen der Anschein erweckt werden soll, als sei der Konflikt Adenauer - Erhard nur eine "Panne".

Er ist aber keine "Panne". Schon nach der Regierungserklärung im Herbst 1961 sagte Erich Ollenhauer in seiner Erwiderung, diese vierte Regierung Adenauer werde wegen ihres Mangels an innerer Ausgeglichenheit nicht in der Lage sein, tatsächlich zu regieren. Nach Ablauf eines Jahres dieser Legislaturperiode mußte Ollenhauer noch einmal an seine Worte von 1961 erinnern. Als schließlich die ganze Regierung zurücktrat und Anfang Februar dieses Jahres endlich das fünfte Kabinett Adenauer sich vorstellen konnte, wurde wiederum sichtbar, daß hier nur ein Kabinett auf Abruf vor dem Bundestag getreten war. Jetzt ist es so weit, daß sich die einzelnen Minister untereinander bekämpfen, daß der Regierungschef die Minister bekämpft, und daß nach wie vor die großen Gemeinschaftsaufgaben der deutschen Politik auf der Strecke bleiben. Aus diesem Dilemma wird der Regierungschef, der letzten Endes für alles das verantwortlich ist, nicht herauskommen, wenn sich die CDU nicht auf sich selbst besinnt.

Nach der ersten Runde

Die parlamentarische Behandlung des Vertragswerkes Bonn-Paris

sp - Das bilaterale Vertragswerk Paris - Bonn hat seine erste Hürde im Bundesrat genommen. Bei der Diskussion wurde deutlich sichtbar, daß trotz der Zustimmung zahlreiche Bedenken nicht ausgeräumt werden konnten, wobei es wohl weniger auf Einzelfragen als vielmehr auf die Gesamtkonzeption eines bilateralen Unternehmens ankommt. In der Zwischenzeit haben sich namhafte CDU-Vertreter mit Gaullisten in Bad Godesberg getroffen. Offiziell wurde nur wenig über den Inhalt der dort geführten Gespräche bekanntgegeben. Es fragt sich jedoch, ob Gaullisten und CDU-Vertreter sich darüber klar geworden sind, daß der in den vergangenen Jahren angestrebte europäische Gemeinschaftsgeist jetzt nicht durch nationalistische Rückversicherungen zweier Mitglieder der EWG zunichte gemacht wird. Weder in Frankreich noch in der Bundesrepublik dürfte es einen ernstzunehmenden Politiker geben, der nicht die deutsch-französische Aussöhnung von ganzem Herzen begrüßt. Andererseits gibt es jedoch in beiden Ländern zahlreiche Europäer im besten Sinne des Wortes, die den bilateralen Vertrag als eine Störung der größeren europäischen Gemeinschaft und der noch anzustrebenden atlantischen Partnerschaft empfinden. Die Auskünfte, die man von Regierungsseite bisher zu dem ganzen Komplex erhalten konnte und die auch Begründungen für das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG sein sollten, sind bisher nicht sehr klar gewesen. Deshalb bleibt es auch nach der Billigung des deutsch-französischen Vertrages durch den Bundesrat die Aufgabe des Bundestages, die noch offen stehenden Fragen zu klären. Durch den Konflikt in der CDU ist diese Aufgabe nicht leichter geworden.

+ + +

Die Klasse

Schwankender Mende

sp - In Bad Kreuznach, wo bekanntlich sich Kreislaufstörungen kariert werden, hat FDP-Vorsitzender Dr. Erich Mende kundgetan, er und seine politischen Freunde seien wieder einmal schwankend. Diesmal geht es Herrn Mende um den Vizekanzler und früheren Kanzleraspiranten der FDP, Professor Dr. Ludwig Erhard. Dieser Mann, so meinte Herr Mende, habe in den vergangenen Monaten doch an Standfestigkeit einiges vermissen lassen und es sei daher schade, daß die FDP nicht mehr mit vollem Herzen bei Erhard stehen könne. Nun, daß die FDP hin und wieder einmal schwankt, ist nicht neu. Daß Herr Mende als Oberschwanker seinen schwankenden Reihen schon des öfteren vorgemacht hat, wie man so etwas macht - das Schwanken - brauchte auch nicht erst in Bad Kreuznach versichert zu werden. Daß aber ausgerechnet Herr Mende jetzt noch selbst die von ihm vor Monaten offen und heiklich propagierten Nachfolgerschwüre ins Schwanken bringt, gibt doch einiges zu denken. Hoffentlich muß jetzt nicht wieder ein neues "Koalitionspapier" ausgearbeitet werden.

+ + +

Zusammenarbeit vertiefen

Nach Fritz Erlers Besuch in London
Von Fritz Stalberg

Wer in der vergangenen Woche in London die gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppen für Außenpolitik und für Verteidigung der Labour-Fraktion des Unterhauses miterlebt hat, der weiß noch besser als zuvor, wie wertvoll eine freimütige Aussprache sein kann. Beide Arbeitsgruppen, die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Denis Healey tagten, hatten Fritz Erler eingeladen und ihm Gelegenheit gegeben, zu den brennenden Gegenwartsproblemen der europäischen Politik Stellung zu nehmen und zahlreiche Fragen zu beantworten. Nach den beinahe zwei Stunden dieser Sitzung, die Fritz Erler nutzte, um die Politik der deutschen Sozialdemokratie darzulegen, war man sich darüber einig, daß allein diese Sitzung den Besuch in London vollauf gerechtfertigt hatte.

Das Gespräch, das zwei Tage später im Unterhaus zwischen dem neuen Führer der Labour Party, Harold Wilson, und Fritz Erler stattfand, vertiefte diesen Eindruck. In Anwesenheit des außenpolitischen Labour-Sprechers, Patrick Gordon-Walker, wurde freundschaftlich und offen diskutiert. Harold Wilson nutzte dieses Gespräch gern, um sich ausführlich zu Berlin und zur deutschen Frage zu äußern, wobei es ihm sehr darauf ankam, Fehldeutungen richtigzustellen, die an seine kürzlich in Cardiff gehaltene Rede geknüpft worden waren.

Beide Seiten drückten im Verlauf des Gesprächs den Wunsch aus, die Kontakte zwischen der Labour Party und der SPD zu intensivieren. Dabei war man sich dessen bewußt, daß die Wirksamkeit beider Parteien in ihren Ländern für die Solidarität der westlichen Gemeinschaft von großer Bedeutung ist, und daß diese Bedeutung zukünftig noch wachsen wird.

Fritz Erler war einer Einladung des britischen Außenministeriums gefolgt und zu Beginn der vergangenen Woche nach London geflogen. Zahlreiche Begegnungen sorgten für ein außerordentlich dichtes Programm und zeigten deutlich das Interesse der britischen Regierung, aus erster Hand die Ansicht der deutschen Sozialdemokratie erläutert zu bekommen. Premierminister Macmillan nahm sich dreiviertel Stunden Zeit, um mit Fritz Erler zu sprechen. Seine Fragen zielten auf die jüngsten Entwicklungen in der Verteidigungspolitik des Westens und berührten die Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit seit Brüssel.

Weitere Unterredungen hatte Fritz Erler mit Außenminister Lord Home, Lordsiegelbewahrer Heath und mit Verteidigungsminister Thorneycroft. Von diesen drei Mitgliedern des britischen Kabinetts wurde der deutsche Gast in ihren Ministerien empfangen. Alle drei Gespräche führten zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch und zeigten dem deutschen Besucher, daß die britische Regierung nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen ihren Weg in eine engere europäische Zusammenarbeit nicht aufgegeben hat, sondern mit großem Ernst darum bemüht ist, die eingetretene Krise gemeinsam mit den europäischen Partnern zu überwinden.

In diesem Zusammenhang berührten alle Gespräche den kürzlich in Paris geschlossenen Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Keiner der britischen Politiker verkannte die für die europäische und atlantische Zusammenarbeit lebenswichtige Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung. Soweit der geschlossene Vertrag der Vertiefung dieser Aussöhnung dient, ohne die größere Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerstaaten zu stören, gab es keine kritischen Anmerkungen.

Beide Seiten machten aber in den Gesprächen deutlich, daß nicht dieser Vertrag das Bündnis oder die Allianz bedeuten kann. Bündnis und Allianz sind durch den NATO-Vertrag begründet. Er zieht den Rahmen und muß auch die Generallinie geben für jede besondere Vereinbarung zwischen einzelnen Paktmitgliedern. Dieser Rahmen bietet ebenso Möglichkeiten für eine notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik. Und beide Seiten begegneten sich in dem Wunsch, zukünftig Wege zu finden, die einer weiteren Annäherung zwischen dem britischen und dem deutschen Volk dienen.

Fritz Erlers Besuch in London ist sicherlich außerordentlich nützlich gewesen. Er hat das gegenseitige Verständnis gefördert und ist gerade zu diesem durch die Ereignisse nach dem Scheitern von Brüssel bestimmten Zeitpunkt zu einer gelungenen Mission geworden.